

II-445 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 209 73

1983 -09- 29

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Dr.SCHÜSSEL, Ing. RIEGLER, Dr.RABL-STADLER,
HEINZINGER

und Genossen

an den Bundeskanzler

betreffend die Belastungs- und Verschwendungspolitik der
sozialistischen Koalitionsregierung

Mit dem Belastungspaket präsentiert die sozialistische
Koalitionsregierung nunmehr den österreichischen Steuer-
zahlern die Rechnung für die Wirtschaftspolitik der sozia-
listischen Alleinregierung.

- o Unter der Regierung Kreisky ist die Gesamtabgabenquote von 35,7 % im Jahre 1970 auf 42,5 % im Jahre 1981 angestiegen. Das heißt, daß der Bürger von jedem verdienten Hunderter bereits 42 Schilling abgeben muß.
- o Unter der Regierung Kreisky ist das Budgetdefizit von 7,2 Mrd.S im Jahre 1970 auf rund 95 Milliarden Schilling angewachsen.
- o Unter der Regierung Kreisky ist in den 80iger Jahren die Zahl der Arbeitslosen um rund 70.000 gestiegen.
- o Unter der Regierung Kreisky ist die Belastung der Masseneinkommen mit Steuern, Abgaben und Tarifen um rund zwei Drittel gestiegen. Hauptschuld an dieser Entwicklung tragen die sechs seit 1976 beschlossenen Belastungswellen:

1. Belastungswelle 1976.....10 Milliarden Schilling
2. Belastungswelle 1977..... 3 Milliarden Schilling
3. Belastungswelle 1978.....14 Milliarden Schilling
4. Belastungswelle 1980..... 4 Milliarden Schilling
5. Belastungswelle 1981..... 8 Milliarden Schilling
6. Belastungswelle 1982/83... 3 Milliarden Schilling

Die Belastungswellen haben keine positiven Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft gehabt:

Sie haben vielmehr zu einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums geführt, zu einem Anstieg der Ausgleiche und Konkurse und zu einem raschen Anwachsen der Staatsdefizite.

Gleichzeitig wurde entgegen allen Versprechungen besonders in den letzten Jahren die Verschwendung öffentlicher Gelder fortgesetzt. So z.B. beim AKH, beim Konferenzpalast, bei den ÖBB, bei der öffentlichen Verwaltung, bei den Repräsentationen, den Ministerbüros und der Regierungspropaganda.

Die Bilanz nach 13 Jahren sozialistischer Alleinregierung ist negativ:

Hohe Steuern, hohe Staatsverschuldung und hohe Arbeitslosigkeit.

Die sozialistische Koalitionsregierung Sinowatz/Steger hat erklärt, daß sie diesen Kurs fortsetzen will.

Statt zu sparen und die öffentliche Verschwendung zu stoppen, werden die Bürger neuerlich und massiv zur Kassa gebeten.

- 3 -

Erste Darstellungen über das Belastungspaket der sozialistischen Koalitionsregierung deuteten eine gewisse Sparbereitschaft an. Von den angekündigten Einsparungen in der Höhe von 10 Mrd.S wurde aber nur ein Bruchteil in das Konzept aufgenommen.

Im Gegensatz zur Propaganda der Regierung lautet das Verhältnis von "Belastung der Bürger" und "Einsparung der Regierung" tatsächlich: 30 : 2

30 Milliarden Belastungen stehen nur knapp 2 Milliarden Einsparungsankündigungen gegenüber.

Die Auswirkungen dieser Politik werden alle Österreicherinnen und Österreicher sehr rasch zu spüren bekommen:

- o Das Wirtschaftswachstum wird hinter den Erwartungen zurückbleiben.
- o Die Preise werden zusätzlich steigen.
- o Die Arbeitslosigkeit wird verstärkt.
- o Familien und Pensionisten werden besonders zu leiden haben.

Im Durchschnitt werden dem einzelnen Steuerzahler im nächsten Jahr zusätzlich rund 8.000 Schilling von seinem Einkommen abgenommen. Das heißt: der Gegenwert eines zwei- bis dreiwöchigen Urlaubs auf einer sonnigen Mittelmeerinsel ist der Preis für die Politik der sozialistischen Koalitionsregierung.

Die Milliarden, die der Steuerzahler von seinem schwerverdienenden Geld hergeben muß, werden aber wieder nicht für die Sicherung der Zukunft Österreichs verwendet, sondern für die Bezahlung rasch steigender Defizite, Schulden und Zinsen.

Wo immer man hinblickt, tun sich große Finanzierungslücken auf, die gestopft werden müssen. Gespart wird fast nirgends. Für Investitionen in die Zukunft ist kein Geld da.

Die Wähler haben am 24. April 1983 ein deutliches Signal gesetzt, daß sie einen Kurswechsel in Österreich wollen.

Einen Kurswechsel, der Schluß macht mit der Belastungspolitik und endlich zu einem sparsamen und sinnvollen Einsatz von Steuergeldern führt.

Denn es ist längst offensichtlich, daß bei Verwirklichung eines durchdachten Sparkonzents das Defizit des Staatshaushaltes in den von der Regierung vorgegebenen Grenzen zu halten wäre, ohne daß Steuern erhöht werden müßten.

Um die sozialistische Koalitionsregierung neuerlich auf die Notwendigkeit hinzuweisen, im Interesse der Österreicherinnen und Österreicher einen zukunftsorientierten Kurswechsel herbeizuführen, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

- 1.) Mit welchen negativen Auswirkungen des Belastungspakets auf die Preisentwicklung (Inflationsrate 1984) rechnet die sozialistische Koalitionsregierung im nächsten Jahr?
- 2.) Mit welchen negativen Auswirkungen des Belastungspakets auf das Wirtschaftswachstum rechnet die sozialistische Koalitionsregierung im nächsten Jahr?
- 3.) Mit wie vielen Arbeitslosen rechnet die sozialistische Koalitionsregierung im nächsten Jahr ?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.